

18.07.2008

Pressemitteilung von Martina Bunge

Mein Name ist Hase – Verwirrung um eine Liste zu Vereinigungsproblemen

„Hier weiß offensichtlich die eine Hand nicht, was die andere tut.“ Das stellte Martina Bunge angesichts der Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage fest. Die Verantwortliche der Fraktion DIE LINKE für die Probleme der Rentenüberleitung dazu weiter:

„Bundeskanzlerin Angela Merkel will die restlichen aus dem Vereinigungsprozess resultierenden Probleme regeln. So stand es im vorigen Herbst in der ‚Sächsischen Zeitung‘. Am 15. September 2007 hieß es dort, die Regierungschefin habe die ostdeutschen CDU-Abgeordneten gebeten, ‚eine Liste auszuarbeiten, die alle noch zu erledigenden Themen der DDR-Aufarbeitung umfasst‘. Als Beispiel wurden rentenrechtliche Fragen genannt.

Diese Nachricht stimmte viele Menschen hoffnungsvoll. Aufmerksam haben sie, wie auch die Fraktion DIE LINKE, verfolgt, wie es in dieser Sache weitergeht. Gregor Gysi leistete im November – unaufgefordert – Unterstützung, indem er der Kanzlerin 17 Anträge unserer Fraktion zur Rentenüberleitung zusandte.

Doch heute ist von einer Auflistung der Probleme, geschweige denn von ihrer Lösung, nichts mehr zu hören. Deshalb erkundigte ich mich unlängst bei der Bundesregierung nach dieser Liste: Welche Themen umfasst sie? In welcher Weise wird der Bundestag damit befasst?

Die Antwort beschränkte sich auf fünf Zeilen. Interessant daran ist besonders die folgende Aussage: ‚Es geht hier um eine gesamtstaatliche Verantwortung, die sich nicht auf einzelne zu lösende Probleme oder Listen reduzieren lässt.‘

Gibt es nun die Liste – und die Bundesregierung weiß nur nichts davon? Gibt es sie nicht – und eine Absicht der Kanzlerin ging ins Leere?

Ob eine Liste existiert oder nicht: Dass noch zahlreiche Probleme unter dem Stichwort Rente zu lösen sind, dürfte auch der Bundesregierung bekannt sein. Die Betroffenen erwarten endlich Taten. Sie wollen eine Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West und sie wollen endlich ein Ende der Ungerechtigkeiten, die aus der Rentenüberleitung von Anfang der 90er Jahre rühren.

